

Dieter Blumenwitz

**Das Offenhalten
der Vermögensfrage
in den deutsch-polnischen
Beziehungen**

KULTURSTIFTUNG DER DEUTSCHEN VERTRIEBENEN

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	18
Teil 1: Die völkervertraglichen Grundlagen	21
I. Die vertraglichen Regelungen der Reorganisation der staatlichen Einheit Deutschlands	21
1. Die äußeren Aspekte: "2+4"-Vertrag	21
2. Die inneren Aspekte: Einigungsvertrag	23
II. Der deutsch-polnische Grenzvertrag	24
1. Konsens	24
2. Dissens	25
III. Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag	27
1. Vertragsinhalt	27
2. Der Nachbarschaftsvertrag als umfassender Vertrag?	28
IV. Der Brief zum Nachbarschaftsvertrag	29
1. Rechtliche Qualifizierung des Briefes	29
a) Teilweise Interpretationsinstrument	30
b) Teilweise Interpretationsagreement	30
2. Inhaltliche Bedeutung und Auslegung der Ziff. 5 des Briefes	30
a) Vermögensfrage	31
b) Staatsangehörigkeitsfrage	32
aa) Die Auffassung Polens	32
bb) Die Auffassung der Bundesrepublik	32
(1) Das Staatsangehörigkeitskonzept der Bundesrepublik	32
(2) Der Bestand der deutschen Staatsangehörigkeit	33
(3) Der Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit	35
(4) Das Problem der doppelten Staatsangehörigkeit	35
(5) Die Schutzberechtigung der Bundesrepublik für die Deutschen in Polen	36

V.	Notenwechsel vom 16.10.1991 zur "Stiftung deutsch-polnische Aussöhnung"	38
1.	Die rechtliche Ausgangslage	38
2.	Auswirkungen auf die deutsch-polnische Vermögensfrage	41
VI.	Die Parlamentsentschließung zu den Verträgen	42
1.	Inhalt der Parlamentsentschließung	42
2.	Bedeutung der Parlamentsentschließung	43
Teil 2:	Das rechtliche Schicksal des in den Ostgebieten entschädigungslos enteigneten (konfiszierten) Privatvermögens	45
I.	Die polnischen Enteignungsakte und das weitere Schicksal der Vermögenswerte nach polnischem Recht	45
1.	Darstellung der Enteignungsakte	45
2.	Rechtslage nach polnischem Recht und polnische Rechtfertigung der Enteignungen	46
a)	Die Rechtslage nach polnischem Recht	46
b)	Polnische Rechtfertigung der Enteignungen	46
aa)	Potsdamer Abkommen	46
bb)	Kriegsbeute	47
cc)	Lastenausgleichsleistungen durch die Bundesrepublik	48
II.	Die völkerrechtliche Beurteilung der Enteignungsakte und ihre Konsequenzen	49
1.	Völkerrechtliche Beurteilung der Enteignungsakte	49
a)	Überschreitung der Verwaltungskompetenzen	49
b)	Verletzung von Fremdenrecht	50
c)	Verstoß gegen die Menschenrechte	53
aa)	Die Vertreibung	53
(1)	Die völkerrechtliche Beurteilung der Vertreibung	54
(2)	Die Vertreibung als Genozid	57
(3)	Keine Rechtsgrundlage für die Vertreibung in Artikel XIII des Potsdamer Abkommens	58
bb)	Ergebnis	60

d) Einwendungsverzicht gemäß Art. 3 Sechster Teil; Art. 1 Neunter Teil des Überleitungsvertrages	60
aa) Fortgeltung des Überleitungsvertrages	60
bb) Inhalt und Bedeutung der Art. 3 Sechster Teil; Art. 1 Neunter Teil des Überleitungsvertrages	62
cc) Anwendung des Art. 3 Sechster Teil des Überleitungsvertrages auf das konfiszierte Privatvermögen in den Oder-Neiße-Gebieten?	63
(1) Die Rechtslage nach Ansicht der Bundesregierung	63
(2) Die Rechtslage nach Ansicht der Wissenschaft	64
(3) Klärungsbedürftigkeit der Rechtslage durch das Bundesverfassungsgericht	66
2. Völkerrechtliche Konsequenzen der polnischen Maßnahmen	66
a) Anspruch auf Naturalrestitution	67
b) Anspruch auf (volle) Entschädigung	68
c) Durchsetzung	68
3. Fortbestand der deutschen Ansprüche gegen den polnischen Staat	69
a) Kein Verzicht Deutschlands auf bestehende Ansprüche	69
aa) Ausdrücklicher Verzicht	69
bb) Stillschweigender Verzicht	70
b) Keine Aufrechnung polnischer Forderungen mit deutschem Privatvermögen	71
c) Keine Verjährung	71
III. Auswirkungen der Völkerrechtslage auf das innerstaatliche Recht der Bundesrepublik	73
1. Anwendung Internationalen Privatrechts	73
a) Grundsatz	74
b) Die Bedeutung von Art. 25 GG	74
c) Die ordre public Klausel	76
2. Zusammenfassung	77

Teil 3: Zur Frage des der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Enteigneten obliegenden diplomatischen Schutzes und seiner Verletzung	79
I. Der diplomatische Schutz	79
II. Die völkerrechtlichen Voraussetzungen für die Gewährung diplomatischen Schutzes	79
1. Völkerrechtswidriges Handeln des Drittstaates	79
2. Rechtswegerschöpfung	80
3. Der schutzberechtigte Personenkreis	80
4. Kein Wegfall des völkerrechtlichen Schutzanspruchs	81
III. Die Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland zur Gewährung des Auslandsschutzes	81
1. Die innerstaatliche Rechtsgrundlage für den diplomatischen Schutz	81
a) Grundrechtliche Fundierung des diplomatischen Schutzes	82
b) Konkrete Grundrechtsberührung	83
2. Der diplomatische Schutz als subjektiv öffentliches Recht	84
3. Ermessensspielräume bei der Schutzgewährung	85
a) Gebotensein des diplomatischen Schutzes	87
b) Derzeit kein effektiver Schutz durch die Bundesrepublik Deutschland	88
c) Ergebnis	91
IV. Folgen einer nicht adäquaten Schutzgewährung	92
1. Amtshaftung	92
2. Enteignungsgleicher Eingriff	95
V. Exkurs: Innerstaatlicher Ausgleich des Sonderopfers im Falle einer berechtigten Verweigerung der Schutzgewährung	99
1. Gründe für die Entschädigungspflicht	99
2. Maß der Entschädigung	99

Teil 4: Möglicher Rechtsschutz	101
I. Rechtsweggarantie	101
II. Verwaltungsrechtliche Klage gegen die Bundesregierung auf Gewährung diplomatischen Schutzes	102
III. Verfassungsrechtsweg	104
1. Verfassungsbeschwerde gegen die Vertragsgesetze	104
2. Verfassungsbeschwerde wegen der Nichtgewährung diplomatischen Schutzes	106
3. Weiterer Nutzen der Verfassungsbeschwerde gegen die Schutzpflichtverletzung	109
Zusammenfassung	109
Dokumente	
I. Dokumente zum deutsch-polnischen Vertragswerk	121
1. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze vom 14. November 1990	121
2. Briefwechsel zum Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991	123
3. Notenwechsel vom 16.10.1991 zur "Stiftung deutsch-polnische Aussöhnung"	125
II. Dokumente zum polnischen Reparationsverzicht	128
1. Reparationsverzichtserklärung der UdSSR v. 22.8.1953	128
2. Reparationsverzichtserklärung Polens v. 23.8.1953	130
3. Wiederholung der Verzichtserklärung anlässlich des Warschauer Vertrages	131
III. Dokumente zur Vertreibung	131
1. Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin (Potsdamer Abkommen) -Auszüge-	131

2. Polnische Konfiskationsgesetze	134
a) Dekret vom 6.9.1944 "über die Durchführung der Bodenreform" -Auszug-	134
b) Gesetz vom 6.5.1945 "über das verlassene und aufgegebene Vermögen" -Auszug-	135
c) Gesetz vom 3.1.1946."betreffend die Übernahme der Grundzweige der nationalen Wirtschaft in das Eigentum des Staates" -Auszug-	137
d) Dekret vom 8.3.1946 " über das verlassene und ehemals deutsche Vermögen" -Auszug-	138
3. Haager Landkriegsordnung -Auszug-	140
4. Statut für den Internationalen Militärgerichtshof -Auszug-	143
5. UN-Konvention über die Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit -Auszug-	144
IV. Dokumente zum "Vertrag vom 26. Mai 1952 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen" (Überleitungsvertrag)	146
1. Vereinbarung (Notenwechsel) vom 27./28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (in der geänderten Fassung) -Auszug-	146
2. Die fortgeltenden Normen des Überleitungsvertrages -Auszüge-	148
3. Streichung der zeitlichen Begrenzung der Normen des Überleitungsvertrages (Art. 1 Sechster Teil ÜV)	149
V. Dokumente zum diplomatischen Schutz und zum ausgleichspflichtigen Sonderopfer der Vertriebenen	150
1. Entwicklung des diplomatischen Schutzes in der Weimarer Zeit	150
a) Weimarer Reichsverfassung -Auszüge-	150
b) Erich Kaufmann; Gutachten zur Frage der Vereinbarkeit des deutsch-polnischen Abkommens vom 31. Oktober 1929 mit der Reichsverfassung -Auszüge-	151
2. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	156
a) BVerfGE 40, 141 (178 f) (Ostvertragsbeschlüsse) -Auszüge-	156
b) BVerfGE 55, 349 (364 f) (Hess-Entscheidung) -Auszüge-	157
3. Präambel zum Lastenausgleichsgesetz	158